

Informationsbrief der FWG Jüchen

Jüchen, 27.03.2013

Sehr geehrte Leserin, sehr geehrter Leser,

seit Jahren versuchen wir die Gefahren durch „Feinstaub/Radioaktivität“ durch den Tagebau zu klären. Im Jahre 2003 wurde am Tagebau Hambach eine Kohlenstaubprobe untersucht. Die zwei Herren, die das taten, sind ausgesprochene Fachleute, die am Forschungszentrum Jülich arbeiteten. Was sie entdeckten, klingt nicht besonders gut.

Die untersuchte Staubprobe überstieg den zulässigen Wert der überaus gefährlichen Alpha-Strahlung, der für kerntechnische Betriebe gesetzlich vorgeschrieben ist, um das 3,5 fache. Das Forschungszentrum hatte schon in den 70er Jahren vor Gesundheitsgefahren durch Tagebaue gewarnt.

Seitdem hat sich so gut wie nichts getan. Doch, hat sich wohl – RWE finanziert nun Forschungsarbeiten am Forschungszentrum Jülich.

Vertreter des Landesumweltamtes weigerten sich bislang, nach Jüchen in den zuständigen Ausschuss zu kommen. Radioaktivitätsmessungen in Wohnsiedlungen am Tagebau Garzweiler hat es tatsächlich nie gegeben.

Oder gab es sie und man verschweigt die Ergebnisse?

Der Wissenschaftliche Dienst des Bundestages findet keine entsprechenden Unterlagen. Anfang 2013 wurde die Feinstaubmessstation in Gustorf entfernt. In Jüchen wurde Feinstaub mal für lächerliche 8 Monate gemessen – ohne Radioaktivität. Das Wirtschaftsministerium erklärte, dass bei Feinstaubmessungen noch nie die sog. Staubinhaltsstoffe, also die radioaktiven Teilchen, gemessen wurden.

Am 7.3.13 tagte der Jüchener Ausschuss für Planung, Umwelt und Gemeindeentwicklung. Es gab unter dem Tagesordnungspunkt „Mitteilungen“ eine Stellungnahme der Verwaltung. Demnach brauchen wir uns vor nichts zu fürchten.

Außerdem hatte die Verwaltung einen Vortrag aus dem Braunkohlenausschuss der Bezirksregierung aus 2012 beigefügt. Ich möchte Ihnen, liebe Leserinnen und Leser, den 1. Satz des Vortragenden vom Landesumweltamt nicht vorenthalten:

„Ich bin nicht im Bereich Feinstaub tätig.“

Fragt man sich, was der arme Kerl dort im Ausschuss zu suchen hatte. Aber da er nun schon mal dort war, konnte er die Zuhörer aller Parteien beruhigen.

Nach seinen Erkenntnissen gibt es nichts Auffälliges im Zusammenhang mit Feinstaub und Radioaktivität. Im Übrigen erklärte er, dass man die Radioaktivität in 1 Meter Bodentiefe prüft. Wenn bis jetzt irgendjemand annahm, Jüchener Bürger würden 1 m unter der Tagebaugrube leben, dann sei ihm gesagt: Nein, Jüchener Bürger lieben das Tageslicht – ohne Dreck, Staub und Radioaktivität.

Zurück zur Ernsthaftigkeit:

In der o. g. Ausschusssitzung bat ich darum, eine Stellungnahme abzugeben, weil dies dringend erforderlich war. Der Inhalt der Vorlage konnte nicht widerspruchlos hingenommen werden. Der Ausschussvorsitzende und der Bürgermeister bestanden darauf, dies nicht zuzulassen. Das Wort „Mitteilungen“ der Verwaltung wolle man wörtlich nehmen, also gäbe es für die FWG nichts zu sagen.

Mein Verweis auf die Geschäftsordnung für Rat und Ausschüsse wurde ignoriert. Dort aber heißt es im § 12, dass JEDER Tagesordnungspunkt zur BERATUNG aufzurufen ist. Das hat man nicht getan, was zur Folge hat, dass wir die Sache auf die Tagesordnung der nächsten Ratssitzung setzen lassen.

Maulkorb-Politik ist mit der FWG Jüchen nicht machbar.

Warum das alles?

Feinstaub ist schon für sich alleine eine Gesundheitsgefahr. Krebs, Herzkrankheiten, Allergien, Lungen- + Bronchialkrankheiten – das ist nicht neu. Kommt die Radioaktivität hinzu, sieht es natürlich noch schlimmer aus. Der Tagebau setzt Radioaktivität frei. In Verbindung mit dem Feinstaub verteilt er sich bis in mehrere Kilometer Entfernung. Die größte Belastung dürfte jedoch unmittelbar am Tagebau vorliegen. Der weiterziehende Tagebau wird uns Jüchener noch lange belasten. Vor allem durch die Hauptwindrichtung West – Südwest sind wir betroffen. Schutzmaßnahmen sind nicht zu erkennen. Aber warum auch soll man Schutzmaßnahmen durchführen, wenn man vorher keine gründliche Untersuchungen durchgeführt hat?

Motto: Was ich nicht weiß, macht mich nicht heiß!

Wir werden in der Ratssitzung am 2. Mai deutlich machen, wie lächerlich die bisherigen Versuche sind, uns die Gefahren durch Feinstaub und dessen Radioaktivität auszureden. Dazu gehört eine mittlerweile durchgeführte Untersuchung des Forschungszentrums, in das – siehe oben – RWE Geld fließen lässt.

Wir werden beantragen, dass die beiden Fachleute und ehemaligen Mitarbeiter des Forschungszentrums nach Jüchen eingeladen werden. Sie sollen für jeden verständlich vortragen, wie der Stand der Dinge ist. Und sie sollen erklären, wie man uns mit der o. g. Untersuchung für dumm verkaufen will.

Über den Verlauf in der Ratssitzung werden wir Sie unterrichten.

Mit freundlichen Grüßen

Gerolf Hommel